

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0037/2017/AN

Antragsteller: B'90/Grünen
Antragsdatum: 09.05.2017

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und
Uniplatz)**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	18.05.2017	Ö		
Bezirksbeirat Altstadt	28.09.2017	Ö		
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	18.10.2017	Ö		
Gemeinderat	16.11.2017	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0037/2017/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Beate Deckwart-Boller, Fraktionsvorsitzende
Dr. Monika Gonser, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Manuel Steinbrenner, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Sandra Detzer
Felix Grädler
Peter Holschuh
Oliver Priem
Kathrin Rabus
Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, den 09.05.2017

Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Falschparken in der Altstadt (insbesondere Plöck und Uniplatz)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

In der Vorlage 0202/2015/IV beschäftigen sich die Gremien mit dem Thema Parken auf Altstadtplätzen (insbesondere Universitätsplatz) und die wenig vorhandenen Kontrollen. Dazu hatte die Verwaltung damals zusammenfassend Stellung bezogen:

„Der Gemeindevollzugsdienst ist im Rahmen seiner personellen Möglichkeiten bestrebt, den Wünschen und Forderungen der Bürgerschaft, der Veranstalter und der Politik gerecht zu werden und in der Altstadt und bei den Altstadtplätzen auch an Wochenenden Kontrollen durchzuführen.“

Leider konnte seither keine Veränderung des unerlaubten Parkens auf dem Uniplatz festgestellt werden.

In der Fragezeit 0016/2017/FZ wurde dieses Thema ebenfalls erörtert, hier hat die Verwaltung wie folgt Stellung genommen: „In den zurückliegenden Jahren waren die Mitarbeiter des Gemeindevollzugsdienstes zu vier Sonn- oder Feiertagsdienste eingeteilt, um die immer stärker zunehmende Anzahl an Veranstaltungen am Wochenende abdecken zu können. Je nach Dauer der Veranstaltung war es den Mitarbeitern des Gemeindevollzugsdienstes oftmals nicht möglich Kontrollen im Bereich des Universitätsplatzes durchzuführen.“

Wir bitten um detaillierte Darlegung, warum die angestrebten verstärkten Kontrollen nicht stattgefunden haben und wie diese in Zukunft realisiert werden können.

Auch das Parken im absoluten Halteverbot in der Plöck beschäftigte die Gremien bereits (0094/2014/AN und 0006/2015/IV). Hier wurde eine erhöhte Kontrollfrequenz seitens des Gemeinderates beschlossen.

In der Fragezeit 0016/2017/FZ wurde dieses Thema ebenfalls erörtert, hier hat die Verwaltung wie folgt Stellung genommen: „Die Leitung des Gemeindevollzugsdienstes hat im Verlauf des Jahres 2014 aufgrund des starken Rad- und Fußverkehrs bei der Diensterteilung versucht einen Mitarbeiter, der ausschließlich in der Plöck seinen Dienst verrichtet, einzuteilen. Dies ist jedoch nur bei ausreichender Personalstärke ohne überdurchschnittliche Ausfälle durch Krankheit oder Erholungsurlaub vollziehbar, was über weite Strecken der Jahre 2014 und insbesondere 2016 nicht immer gegeben war.“

Im Jahr 2014 wurden in der Plöck insgesamt 1.912; im Jahr 2015 wurden 2.722 und im Jahr 2016 wurden 1.550 Verwarnungen erstellt.

Wir bitten um detaillierte Darlegung, warum die vom Gemeinderat beschlossenen verstärkten Kontrollen nicht stattgefunden haben, insbesondere wie es im Jahre 2016 zu deutlich weniger Kontrollen/Verwarnungen kam. Des Weiteren bitten wir die Verwaltung darzulegen, wie in Zukunft die beschlossene Kontrollfrequenz zuverlässiger erhöht werden kann.

- Diskussion und Aussprache
- Gegebenenfalls Anträge

Begründung

Durch regelmäßig im Halteverbot stehende Fahrzeuge kommt es durch den engen Straßenquerschnitt der Plöck zu gefährlichen Situationen zwischen Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen und Pkws.

gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen